

KopfSalat



Fritz Lehmann

Gas geben für den Tourismus

Schweiz Tourismus hat dieser Tage die «Grand Tour of Switzerland» vorgestellt: Auf rund 1600 Kilometern werden «44 Top-Attraktionen angefahren, darunter elf Unesco-Welterbestätten und zwei Biosphären». Mit dieser Massnahme soll den Touristen das Autofahren in der Schweiz schmackhaft gemacht werden. «Bei einer Fahrzeit von mindestens 5 Stunden täglich empfehlen wir, für die Kernroute mindestens 7 Tage einzuplanen», heisst es auf Myswitzerland.com.

Die Route führt in einer grossen Runde vom Rheinfluss zum Nationalpark im Engadin und auf die Piazza nach Locarno, über Gotthard und Furka das Wallis hinab zum Jet d'eau in Genf und schliesslich via Creux du Van, Telskapelle und Zürcher Grossmünster wieder zurück an den Rhein. Interlaken und Gstaad sind ebenfalls Etappenorte. Bei der Präsentation der Route erklärte Jürg Schmid, Direktor von Schweiz Tourismus, es sei ein Ziel, mit dieser helvetischen «Route 66» bis 2021 eine Million zusätzlicher Übernachtungen und einen Umsatz von 225 Millionen Franken zu generieren. Angelockt würden so Hunderttausende zusätzliche Touristen, welche die fast grenzenlose automobiler Freiheit in der Schweiz erleben könnten.

Kritik an der «Grand Tour of Switzerland» gabs von den Grünen und dem VCS. Wie Schmid weiter ausführte, seien die Gründe für dieses Angebot offensichtlich: Das individuelle Reisen auf vorgezeichneten Routen biete maximales Erlebnis bei minimalem Zeitaufwand. Da dürfte mancher hier im Oberland beispielsweise bei der Tourist will ja offenbar nur noch und vor allem schnell und viel.

Fast zur gleichen Zeit flatterte mir eine Medienmitteilung vom Verein Freipass ins Haus, der sich für die Förderung von Velotagen auf Passstrassen einsetzt. Dieser schrieb: «Allein in den französischen Alpen gibt es mittlerweile 45 Velo-Anlässe auf Passstrassen.» Veranstaltungen wie Sellaronda Bikeday oder Stelvio Bike holten Tausende von begeisterten Gästen in die Region, sogar bei schlechtem Wetter. In der Schweiz hingegen ist die Situation laut Verein eine andere: Ein einziger jährlicher Anlass wird durchgeführt, der Slow-up Albula, dazu alle zwei Jahre der Frei-Pass Klausen. «Wie ist ein derart miserables Angebot möglich?», fragt Vereinspräsident Simon Bischof aus Basel.

Gas gibt Schweiz Tourismus für die Vermarktung der «Grand Tour»: In diesem und im nächsten Jahr will man 30 Millionen Franken aufwenden. Weltweit will man 42 Medienkonferenzen abhalten, 450 Reisejournalisten einladen und 9 Millionen Broschüren, Reiseführer und Karten verteilen. Getreu dem Slogan: «Wir tun alles für ihre (automobilen) Ferien.»

Mail: f.lehmann@bom.ch

1.-MAI-FEIERN ANSPRACHEN, UMZUG UND FESTWIRTSCHAFT

Feier und Forderungen in Unterseen

Mehr Schutz für ältere Arbeitnehmende, eine gerechtere Altersvorsorge, anständige Löhne und mehr Solidarität weltweit forderten die Rednerinnen und Redner an der 1.-Mai-Feier im Unterseener Gemeindesaal.

«Löhne und Renten sichern – das Thema des diesjährigen 1. Mai geht die grosse Mehrheit der Menschen in unserem Land an», sagte der Berner Stadtpräsident und SP-Nationalrat Alexander Tschäppät, den die Oberländer Sozialdemokraten und Gewerkschaften an die Unterseener Maifeier eingeladen hatten. «Die Mehrheit sind jene, die täglich mit Fleiss, Zuverlässigkeit und hoher Motivation ihren Job machen. Die Mehrheit sind jene, die mit ihrer Lohnarbeit dieses Land aufgebaut haben.» Ihre Löhne und Renten schützen könnten sie aber nicht, wenn nur jeder für sich schaue, sagte Tschäppät und rief alle auf, sich für starke Gewerkschaften zu engagieren.

Die Pension gerechter machen
Wie sehr der Kampf für gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Altersvorsorge das Leben jedes einzelnen arbeitenden Menschen betrifft, zeigte die Spiezer SP-Grossrätin Ursula Zybach



Einige Hände gehen hoch, nachdem die Spiezer Grossrätin Ursula Zybach im Gemeindesaal gefragt hat, wer 65 Jahre alt ist. Bilder Markus Hubacher

am Beispiel der Lebenserwartung von 65-jährigen Männern. Diese liegt für gut ausgebildete Fachkräfte 4,1 Jahre über dem Schweizer Durchschnitt, für Hilfsarbeiter dagegen 1,8 Jahre darunter. Zugleich arbeiten Männer ohne Ausbildung im Durchschnitt sechs Jahre länger als gut ausgebildete. Das heisst, dass ungelernete Arbeiter ihre Rente weniger lang geniessen können – und das, obwohl sie länger dafür gearbeitet haben.

Für die Reform der Altersvorsorge 2020 forderte Zybach deshalb eine gerechtere Verteilung

von Arbeits- und Rentendauer durch ein flexibles Rentenalter, das sich entweder nach den Arbeitsjahren richtet oder nach der Lebenserwartung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, sodass alle bei ihrer Pensionierung noch gleich viele Lebensjahre erwarten könnten. Zudem bekräftigte Zybach die Forderung ihrer Partei nach einem besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende und nach deren Schutz vor Diskriminierung. Und schliesslich brach die Gesundheitspolitikerin eine Lanze für einen guten Zugang zu Bildung



Alexander Tschäppät am 1. Mai im Gemeindesaal Unterseen.

und Prävention für alle – also zu den Grundlagen für ein langes und gesundes Leben.

Blick über den Tellerrand

Der Meiringer SP-Grossrat Christoph Ammann betonte, dass der Einsatz für Gerechtigkeit und gute Lebensbedingungen nicht an den Landesgrenzen aufhören darf. Nicht nur aus Mitleid mit den Menschen, die für eine Flucht aus dem Elend ihr Leben aufs Spiel setzten, sondern auch aus Eigeninteresse müsse sich die Schweiz gegen Korruption und für gute Entwicklungs-

«Die Mehrheit sind jene, die täglich ihren Job machen.»

Alexander Tschäppät

möglichkeiten weltweit einsetzen. «Denn ein grosses Wohlstandsgefälle zieht viele Flüchtlinge an – da helfen keine noch so hohen Zäune.»

Christine Häslar, die erste Frau aus dem Oberland-Ost im Nationalrat, doppelte nach und forderte eine Schweiz, die auf Zusammenleben statt Ausgrenzung setzt, und eine wirtschaftliche Entwicklung, die nicht auf Kosten von Umwelt oder Gesellschaft geht. Und sie rief alle auf, an einer solidarischen Gesellschaft mitzubauen.

Mit Bratwurst, Chäsbrätel und Kuchen stärkten sich die gegen 50 Anwesenden für künftiges Engagement und feierten noch lange mit der swingenden Bald Cats Combo und mit portugiesischer und albanischer Volksmusik. Und sie überwandern sogar den viel zitierten Stadt-Land-Graben und liessen Alexander Tschäppät, der dafür eigentlich das nächste Unspunnenfest vorge schlagen hatte, schon jetzt mitfeiern. Sibylle Hunziker

Kampf auf Thuner Rathausplatz für Service public

Eine Schweiz mit sicheren Jobs, guten Löhnen und gesicherter AHV – und kein Ausbluten des Service public: Das forderten die Redner am 1.-Mai-Fest in Thun, unter ihnen auch Nationalrat Corrado Pardini.

Corrado Pardini, SP-Nationalrat und Leiter Industrie bei der Unia, betonte in seiner Rede auf dem Thuner Rathausplatz, dass sich nur die Reichen einen armen Service public leisten können. «Deshalb müssen wir das Ausbluten des Service public gemeinsam stoppen», appellierte Pardini gestern Nachmittag am 1.-Mai-Fest. Zufällig oder passend: In der Nacht auf Freitag wurde ans Rathaus «Klasse gegen Klasse» gesprayed. Doch während der Feier sah man davon nichts mehr, denn wie Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) gegenüber dieser Zeitung betonte: «Wir sind eine lebenswerte und saubere Stadt für alle. Deshalb werden Sprayereien sofort entfernt.» Ein Land für alle ohne massiven Unterschied zwischen Reich und Mittelstand so-

wie ein Miteinander, forderte im landesweiten Sinn Hauptredner Corrado Pardini im weiteren Verlauf seiner Rede: «In Biel beispielsweise kämpft momentan die breite Volksbewegung unter dem Motto «Biel für alle» erfolgreich gegen den Sparwahn.»

Offen und gerecht

«Wir, die wir von unserem Lohn leben, leben doch besser in einer

offenen, gerechten Schweiz», sagte Pardini weiter. Damit meinte er, dass für die Angestellten der Stolz die Arbeit sei, welche wertvoll und gerecht sein müsse, denn: «Die hier Anwesen-

den sind die Wirtschaft.» Gerade die Gewerkschaften hätten die Schweiz doch vor dem sozialen und kulturellen Rückschritt bewahrt. Dies müsse auch in Zukunft so sein. Eine gute Möglichkeit für eine noch bessere sozial-kulturell funktionierende Schweiz sah der Hauptredner darin, dass die nationalen Wahlen eine gute Plattform böten, um den Richtungswechsel von rechts nach links zu stärken.

Tragödie reflektiert

Die Thuner SP-Stadträtin Alice Kropf präsiidierte einmal mehr das 1.-Mai-Fest in Thun. In ihrer Begrüssungsansprache reflektierte Kropf kurz die Flüchtlings-tragödie im Mittelmeerraum und sagte: «Hierzu braucht es jetzt eine international gelebte Solidarität.» Das OK des 1.-Mai-Festes organisierte ein buntes gemischtes Programm. Unter anderem mit Darbietungen einer albanischen Tanzgruppe, weiteren Ansprachen und einem friedlichen Umzug durch die Innenstadt zum 125. Geburtstag des Tags der Arbeit. Heinz Schürch



1.-Mai-Fest in Thun: Zum 125. Geburtstag des Tags der Arbeit fand gestern ein Umzug statt. Patric Spahni

Masshardt in Spiez: «Wir müssen uns wehren»



Nadine Masshardt während ihrer Rede an der 1.-Mai-Feier in Spiez. Guido Lauper

Zum Tag der Arbeit hatte die SP Spiez die Berner Nationalrätin Nadine Masshardt eingeladen. Zusammen mit Unia-Gewerkschaftssekretär Bashkim Rexhepi forderte sie Gerechtigkeit für alle. Sie taten dies auf dem Terminus-Platz vor knapp dreissig Zuhörerinnen und Zuhörern.

Kein Tag vergehe ohne Bilder von schrecklichem Leid in Syrien, von «Nusschalen» voller Menschen im blauen Meer und von den Folgen des Erdbebens in Nepal, sagte Nadine Masshardt. Da sei die «Burka-Schaumschläger-Diskussion» geradezu grotesk, die «einzig und allein der Bewirtschaftung der Ängste der Bevölkerung dient». «Trotz Erreichtem», forderte Nadine Masshardt mit Blick auf die SVP-Initiative «Schweizer Recht statt fremde

Richter», «müssen wir uns gegen die zunehmende und für die Schweiz schädliche Abschottungspolitik wehren.»

«Für Umsetzung kämpfen»

Zum Tagesthema «Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung» erzählte sie, «dass 34 Jahre nach Verankerung der Lohnungleichheit in der Verfassung noch immer für deren Umsetzung gekämpft werden muss». Zum Stichwort Energiewende: «Atomstrom rechnet

sich nur, weil er intransparent subventioniert wird und nicht für seine Kosten aufkommen muss.» Bei der Reform der Altersvorsorge befürchtet Masshardt, dass die bürgerlichen Parteien diese «zu einer Abbauvorlage machen, die das Projekt gefährdet». Damit Väter ihren Anteil an der Familienarbeit übernehmen können, müssten mehr Teilzeitstellen geschaffen werden, genügend Kitaplätze, Tagesschulen und «ein Vaterschaftsurlaub, der seinen Namen verdient». Kürzungen «bei den Prämienverbilligungen nannte sie «sozialpolitisch fragwürdig». Nebst der sich weiter öffnenden Lohnschere verwies Masshardt auf die Erbschaften

der Superreichen, die durch die Abstimmung vom 14. Juni gestoppt werden müssten.

Kritik an Bedingungen

«Arbeiten, um zu leben oder leben, um zu arbeiten?», fragte Bashkim Rexhepi. Er geisselte die zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen bei den Pflegeberufen und auf dem Bau.

Konkret verlangte er den Achtstundentag und die Möglichkeit der Frühpensionierung, damit mehr Zeit für Familie und Erholung bleibe – und sich die Qualität für die zu Pflegenden und die Gesundheit der Schwerarbeitenden wieder verbessere. Guido Lauper